

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Egon Urlaub und der ESP-Fraktion

Anfrage zum Neubau von Atomkraftwerken

Die Regierung hat zum Amtsantritt bekanntgegeben, dass ein Wiedereinstieg in die Atomkraft geplant sei. Der Umweltminister gab via den Kurznachrichtendienst „Twitter“ bekannt, man arbeitet „an einem Gesetz zur Sicherung der Energieversorgung.“ Derzeit befinden sich alle Kernkraftwerke in Deutschland im Rückbau, was eine Wiederinbetriebnahme erheblich erschwert, wenn nicht gar unmöglich macht.

Zudem ist in absehbarer Zeit keine Endlagerstätte für Atommüll zu erwarten.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Welche Gesamtkosten würde der Staat tragen, wenn die Bundesregierung ein neues Atomkraftwerk bauen oder ein stillgelegtes, sich im Rückbau befindliches Kraftwerk wieder in Betrieb nehmen würde, unter Berücksichtigung sämtliche Kostenaspekte – von Planung, Genehmigungsverfahren und Bau über Sicherheitsvorkehrungen, Brennstoffbeschaffung und laufenden Betrieb bis hin zu Wartung, Nachrüstung, Rückbau sowie die langfristige Lagerung und Endlagerung radioaktiver Abfälle?
2. Wo und wie plant die Bundesregierung, die durch neue Atomkraftwerke entstehenden radioaktiven Abfälle sicher und langfristig zu lagern, ohne dabei zukünftige Generationen zu belasten oder deren Sicherheit zu gefährden?
3. Welchen Standort plant die Bundesregierung für ein neues Kernkraftwerk.
4. Wie würde sich der Strompreis durch neue Atomkraftwerke voraussichtlich verändern?

Ich bitte um eine Antwort, durch das zuständige Ministerium.

Berlin, den 10. März 2025

Egon Urlaub und ESP-Fraktion